

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Seit über zwei Jahren warnt die SPD vor dem Schmuggel von spaltbarem Material nach Deutschland. Jetzt soll eine Sondersitzung des Auswärtigen Ausschusses klären, was die Bundesregierung getan hat, um den gefährlichen Schmuggel zu unterbinden, berichtet **Karsten D. Volgt MdB**.

Seite 1

Schlimme Versäumnisse bei der Hilfe für die Flüchtlinge von Ruanda wirft der Bundesregierung **Hans Walfow MdB** vor.

Seite 2

Wie die Kommunen für die verfehlte Politik der Bundesregierung bluten müssen, deckt **Brigitte Schulte MdB** auf.

Seite 4

Im Streit um die künftige Gestaltung der Kinderförderung (einheitliches Kindergeld oder Steuerfreibetrag) schwenkt Heiner Geißler (CDU) auf SPD-Positionen ein. Ein bloßes Wahlkampfmanöver, befürchtet **Joachim Poß MdB**.

Seite 6

49. Jahrgang / 156

16. August 1994

Offene Fragen

Sondersitzung des Auswärtigen Ausschusses zum Thema Nuklearschmuggel

Von **Karsten D. Volgt MdB**

Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Angesichts der alarmierenden Meldungen über das Auftauchen von immer mehr atomwaffenfähigem, spaltbarem Material in Deutschland und angesichts der Tatsache, daß die Bundesregierung im April 1992 im Deutschen Bundestag angekündigt hatte, Abhilfe und Gegenmaßnahmen zur Beendigung des Nuklearschmuggels zu treffen, die, - wie sich heute zeigt - offenbar ungenügend und nicht ausreichend wirksam waren, beantrage ich für die SPD-Bundestagsfraktion eine Sondersitzung des Auswärtigen Ausschusses für Anfang nächster Woche. Auf dieser Sitzung sollte erörtert werden, welche Erkenntnisse der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Nuklearschmuggel nach Deutschland seit 1992 bis heute vorliegen. Darüber erbitten wir einen Bericht. Außerdem möchten wir informiert werden, was die Bundesregierung bis zum heutigen Zeitpunkt getan hat, um derartige Vorfälle zu verhindern und welche Maßnahmen sie in Zukunft ergreifen will, damit sich diese Vorfälle nicht wiederholen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat seit Anfang 1992 die Bundesregierung immer wieder aufgefordert, den Schmuggel von spaltbarem Material nach Deutschland zu unterbinden. Sowohl die abrüstungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Katrin Fuchs als auch unsere Umweltpolitiker haben feststellen müssen, daß die von der Bundesregierung im April 1992 angekündigten Maßnahmen in den beiden letzten Jahren zur Beendigung des Atomschmuggels nicht ausreichten. Sie haben Vorschläge gemacht, wie in diesem Bereich wirkungsvoller vorgegangen werden kann. Ich selbst habe im Februar 1994 in Moskau dieses Thema mit russischen Parlamentariern und Geheimdienststellen erörtert, die ihr Interesse an einer intensiveren Zusammenarbeit in diesem Bereich bekundeten. Ich habe die Bundesregierung darüber informiert und aufgefordert, dieses Interesse aufzugreifen, damit effektivere Kontrollen verwirklicht werden können.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2 b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53097 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Kostenlos Umwelt
mit dem ersten Kartusgen
Recycling-Papier



Die Bundesregierung hat immer wieder versichert, daß sie unsere Besorgnisse teile. Sie hatte zugesagt, sowohl in Rußland als auch an unseren Grenzen tätig zu werden und den Effekt dieser Maßnahmen zu überprüfen. Nicht nur nach den jüngsten Vorfällen stellt sich die Frage, was die Bundesregierung tatsächlich getan hat. Unsere Fraktion hofft, daß die notwendig gewordene Sondersitzung des Auswärtigen Ausschusses darüber Klarheit verschafft.

(-/16. August 1994/hgs/ks)

Wer bremst, macht sich mitschuldig
Katastrophenhilfe muß effektiver koordiniert werden

Von Hans Wallow MdB

"Wenn eine Katastrophe wie in Ruanda passiert, geht es mir zu schwerfällig", sagte Bundeskanzler Helmut Kohl kürzlich in einem ZDF-Interview. Er meint die lebensrettenden Hilfseinsätze für die Flüchtlinge. Aber wer ist denn dafür verantwortlich, daß erst zwei Wochen nach den verzweifelten Appellen des UN-Generalsekretärs die erste Transportmaschine der Bundesluftwaffe mit Nahrungsmitteln abheben konnte? Wer hat es denn politisch zu vertreten, daß eine Mehrheit von CDU/CSU und FDP im Bundestag trotz der grauenhaften Erfahrungen in Somalia ein Reformkonzept der SPD-Bundestagsfraktion, mit dem schneller und vor allem wirksamer geholfen werden kann, niedergestimmt wurde?

Über 80.000 Menschen wurden seit Mitte Juli in den Flüchtlingslagern um Ruanda von Seuchen und Hunger dahingerafft und in Massengräbern verscharrt. Und das grauenhafte Sterben geht täglich weiter. Tausende von ihnen hätten gerettet werden können, wenn die Bundesrepublik und andere Industriestaaten des Westens über in wenigen Stunden mobilisierbare Hilfsysteme verfügten. Wie bei der Hungersnot in Somalia, dem Erdbeben in Armenien oder den Überschwemmungen in Bangladesch wird viel zu langsam, zu unkoordiniert und in zu geringem Umfang geholfen. Respekt vor dem Einsatz der Hilfsorganisationen - aber er gleicht oft dem Versuch, Feuersbrünste mit Stöcken oder Sturmfluten mit Eimern abzuwehren. "Die Helfer vor Ort haben den Überblick verloren", sagte Christian Balslev-Olesen, Leiter einer dänischen Hilfsorganisation in Ruanda.

Angesichts der Katastrophe in Ruanda muß die zivilisierte Welt sich fragen lassen, wie es möglich ist, daß zum Golfkrieg - also zur Zerstörung - innerhalb von kurzer Zeit hunderttausende von Kämpfern, tausende von Flugzeugen, riesige Transportkapazitäten und Intelligenz mobilisiert werden konnte, während wirksame, schnelle Überlebenshilfe für tausende gestrandeter Flüchtlinge im Zeitlupentempo erfolgt. Auf die neuen und alten weltweiten Existenzgefährdungen, wie zum Beispiel Flüchtlingsbewegungen, Umwelt-, Natur- und Industriekatastrophen, ist die Staatengemeinschaft nicht vorbereitet.

Damit die Bundesrepublik schneller und wirksamer helfen kann, hat die Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag bereits im Mai 1993 ein Konzept für die Gründung eines "Umwelt- und Katastrophenhilfswerks" eingebracht. Es sieht vor, daß ehrenamtliche Helferinnen und Helfer, erfahrene Profis der privaten Hilfsorganisationen und die Hilfskapazitäten der Bundeswehr, des

Technischen Hilfswerks sowie der Feuerwehren ohne lange Reaktionszeiten durch eine professionell arbeitende Kooperationszentrale weltweit eingesetzt werden können. Im Inland arbeiten die unterschiedlichsten Hilfspotentiale bei Katastrophen unter einer gesetzlich vorgeschriebenen zivilen, staatlichen Leitung immer zusammen. Darüber gibt es gar keine Diskussion. Niemand käme ernsthaft auf die Idee, die Hilfe - wie bei den Überschwemmungen um die Weihnachtszeit - allein privaten, nur punktuell arbeitenden Hilfsorganisationen zu überlassen. Warum wird hier eigentlich mit zweierlei Maß gemessen?

Auch für Auslandseinsätze muß das möglich sein. Dazu bedarf es aber zur Absicherung der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, klarer gesetzlicher Grundlagen, einer vertraglich vereinbarten strengen Koordination und gemeinsamer Übungen für den Einsatzfall.

Es geht nicht um eine neue staatliche Mammutorganisation sondern zum Beispiel darum, daß Bürgerinnen und Bürger, die prinzipiell bereit sind, bei einer Katastrophe im Ausland für zwei bis drei Wochen praktisch zu helfen, vorher in einem Computer eingespeist sind und von der Leitstelle bei Bedarf in kürzester Frist abgefragt werden können. Sonst muß man auf Helfer zurückgreifen, die gerade zur Verfügung stehen. Nach dem SPD-Konzept des 'Umwelt- und Katastrophenhilfswerks' kann nicht auf die Erfahrungen der privaten Hilfsorganisationen verzichtet werden. Doch die Ergebnisse in Somalia und bei anderen Einsätzen beweisen, daß die Zusammenarbeit institutionalisiert werden muß. Nicht nur Soldaten oder Helfer des Technischen Hilfswerks, sondern auch die Spezialisten der Feuerwehr müssen in Stunden durch die mit rechtlichen Kompetenzen ausgestattete, zivile Leitstelle zum Einsatz kommen können. Den Opfern dringend benötigte, in der Bundesrepublik vorhandene Hilfskapazitäten vorzuenthalten, ist unsittlich. Allein diese Kooperationszentrale entscheidet, nachdem die politische Grundentscheidung gefallen ist, je nach Bedarfslage und Art des Einsatzes welche Helfer, Materialien, Lebensmittel oder Medikamente benötigt werden. Im Interesse der Menschen, denen es schnell zu helfen gilt, muß das Nebeneinander aufhören.

Seit einigen Wochen haben sich über 4.500 freiwillige Helferinnen und Helfer hauptsächlich aus dem Gesundheitsbereich für den Einsatz in Ruanda gemeldet. Das ist nicht nur ein Zeichen von lebendiger Mitmenschlichkeit in unserem Volk, sondern auch eine Bestätigung unseres Konzeptes, das genau diese Möglichkeit der Hilfe von Bürgerinnen und Bürgern vorsieht. Erst jetzt kann die erste Gruppe ausfliegen - zu spät für Tausende. Die Vorbereitungen für den ehrenamtlichen Einsatz, wie zum Beispiel Organisation von Zeltunterkünften und Verpflegung, dauern zu lange. Nach unserer Vorstellung muß in einem organisiertem Gesamtrahmen alles vorher geregelt werden, was die Reaktionszeiten vermindert. Improvisiert werden muß dann immer noch genug Hilfe, die zu spät kommt, vergrößert die Tragödie. Die Mehrheit von CDU/CSU- und FDP-Parlamentariern im Bundestag hat das Hilfskonzept im Mai 1994 ohne einleuchtende Begründung abgelehnt. Es bleibt zu hoffen, daß man in der Koalition nach dem Vorstoß des Bundeskanzlers und der Übernahme der meisten SPD-Vorstellungen durch den Abgeordneten Hornhues doch noch zu später Einsicht kommt. Denn wer bremst, macht sich mitschuldig.

(-/16. August 1994/hgs/ks)

Kommunen zahlen für verfehlte Bundespolitik

Auch in der Politik für die Kommunen muß ein Wandel auf Bundesebene erfolgen

Von Brigitte Schulte MdB

Vorsitzende des Gesprächskreises Kommunalpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

"Kommunalpolitik gestaltet das Lokale, ist aber eingebunden in das Ganze - regional, global. Die allgemeinen Herausforderungen für Bund und Länder gelten auch für die Gemeinden."

Diese richtige Feststellung traf der Geschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und CDU-Europaabgeordnete Dr. Peter Michael Mombaur.

Er stellte weiter fest, daß "die Finanzpolitik vor einer nie gekannten Aufgabe" stehe, denn "die gigantische Schuldenlast einzugrenzen, ist in den bisherigen Konsolidierungsakten nicht gelungen. Die Staatsquote umfaßt bald die Hälfte des Verdienstes der Bürger, die Schuldendienste beanspruchen bald 90 von Hundert der jährlichen Kapitalersparnisbildung".

Dies ist eine brisante Situation, die alle drei staatlichen Ebenen nach der Bundestagswahl zu einer Ausgabenbegrenzung zwingt, wie das in den letzten 25 Jahren nie nötig gewesen war.

Die mehr als 300.000 Kommunalpolitiker schauen schon länger voller Unmut nach Bonn, die neuen Pläne dieser Bundesregierung, ab 1995 Arbeitslosenhilfe nur noch zwei Jahre lang aus dem Bundeshaushalt zu finanzieren, träfen sie wieder unmittelbar.

Schon die verfehlte Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung hat dazu geführt, daß die Sozialhilfeausgaben seit 1990 jedes Jahr prozentual zweistellig gestiegen sind.

Von 1992 auf 1993 um 6,3 Milliarden DM oder 15 Prozent, seit 1986 haben sich diese Ausgaben mehr als verdoppelt. Da die Arbeitslosigkeit 1994 noch einmal um 300.000 Betroffene über dem Durchschnitt von 1993 liegen wird, steigen die Sozialleistungen der Kommunen auch 1994 wieder zweistellig.

Besonders betroffen sind seit Jahren die Großstädte und Landkreise mit einer überproportionalen Arbeitslosigkeit. Die Vorschläge des jetzigen Bundesfinanzministers Dr. Waigel träfen auch sie wieder, weil bei ihnen die Mehrzahl der Langzeitarbeitslosen lebt.

Was aber sagen die CDU/CSU-Kommunalpolitiker unter Dr. Waffenschmidt - Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesinnenminister - zu diesen unglaublich kommunalfeindlichen Vorstellungen der Bundesregierung?

"Alternativen müssen auf den Tisch! Die Verhandlungsangebote von Finanzminister Theo Waigel an die Länder und Kommunen müssen genutzt werden. Die KPV wird konstruktiv mitarbeiten."

Es mag dem Staatssekretär und seinen Mannen entgangen sein, daß die Kommunen sich auch in anderen Bereichen von der CDU/CSU und FDP nur noch verschaukelt fühlen.

Ob die Pflegeversicherung wirklich ein großes Entlastungsprogramm für die Sozialhilfe wird, glauben die Kommunen noch nicht, denn durch die wachsende Zahl der zu Pflegenden werden die für 1995 geplanten Entlastungen von circa 1,1 Milliarden DM wohl gar nicht eintreffen.

Wenn die Rente zu klein und die Heimkosten zu hoch sind, werden die Sozialhilfeträger auch künftig für laufende Ausgaben im Pflegebereich finanziell aufkommen müssen!

Bis in die Bundesministerien scheint es sich noch nicht durchgesprochen zu haben - obwohl CDU, CSU und FDP noch in einigen Bundesländern Verantwortung tragen - daß die westdeut-

schen Länder ab 1995 voll durch die Zahlungen für den Fonds Deutsche Einheit und die Neuregelung des Länderfinanzausgleichs betroffen sind.

Schon in diesem Jahr haben sie Steuermindereinnahmen aufzufangen, die sich bereits auf den kommunalen Finanzausgleich auswirken.

Niedersachsen zum Beispiel wird im Nachtrag zum Landeshaushalt 1994 die Ausgleichsmasse um 202 Millionen DM auf 4,4 Milliarden DM reduzieren. Nicht anders sieht es in anderen Bundesländern aus, die diese Pläne vielleicht ab dem 17. Oktober 1994 offenlegen?

Erschrecken haben bei den Kommunen die Änderung des Paragraphen 19 Eisenbahnkreuzungsgesetzes und die Bahnreform insgesamt hervorgerufen.

Am 1. August 1994 schrieben die Geschäftsführer beziehungsweise ihre Stellvertreter der kommunalen Spitzenverbände - Dr. Becker-Birck (CDU) für den Deutschen Landkreistag, Herr Wimmer für den Deutschen Städtetag und Dr. Mombaur (CDU) für den Deutschen Städte- und Gemeindebund - an den Bundesverkehrsminister Wissmann, daß auf die Kommunen eine neue Kostenlawine durch Übernahme von Brückenbauten von der Deutschen Bundesbahn zuziele, da eine vorläufige Bestandsaufnahme ergeben habe, daß der Bund über mehrere Jahre (der CDU/CSU und FDP-Regierung!) die notwendigen Unterhaltungsmaßnahmen unterlassen hätte!

In den größeren Flächenländern ahnen die Landkreise, Städte und Gemeinden jetzt auch, daß die "revolutionären Veränderungen" im Nahverkehr auf ihre Kosten gehen werden. Die Regionalisierung des Nahverkehrs und die Übernahme von Bundesbahnaufgaben durch die Landkreise und kreisfreien Städte wird in den finanzschwächeren, dünner besiedelten Ländern dazu führen, daß die Versorgung auf der Schiene schlechter statt besser wird!

Leidtragende werden am Ende jedoch die Ballungsräume sein, die in den zurückliegenden heißen Sommertagen unter Ozon-Konzentrationen und anderen Schadstoffbelastungen litten, die eigentlich zu Fahrverboten und Straßensperrungen und nicht zur Aufnahme weiteren Individualverkehrs Anlaß gegeben hätten!

Was aber macht zum Beispiel der Schichtarbeiter bei den Fordwerken in Köln, bei Mercedes in Stuttgart oder im VW-Werk in Hannover, wenn er aus einem Dorf ohne ein ausreichendes Nahverkehrsangebot kommt?

Die für die Kommunen am Ende nicht befriedigende Privatisierungsphilosophie öffentlicher Leistungen wie zum Beispiel von Bahn und Post wird in den nächsten Jahren für manchen Bundes- und Landespolitiker noch erstaunliche Ergebnisse bringen!

Blieben CDU/CSU und FDP im Bund jedoch am Ruder, wollen sie die Privatisierung kommunaler Aufgaben vorantreiben.

Die Sparkassen werden noch von SPD und CDU gemeinsam geschützt, aber in der Abfallwirtschaft, bei der Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung gibt es immer neue Ideen dieser Regierung.

Was in mehr als vierzig Jahren an vorbildlicher kommunaler Infrastruktur in der alten Bundesrepublik aufgebaut wurde, was nach und nach auch in den neuen Bundesländern erreicht werden sollte, ist durch die falsche Politik dieser Bundesregierung gefährdet worden.

Eine neue, von der SPD geführte Bundesregierung wird einen sinnvolleren Ausgleich zwischen den Interessen der Kommunen, der Länder, des Bundes und Europa suchen. Und wie vor 25 Jahren wird sie ihn zum Wohle aller auch wieder schaffen!

(-/16. August 1994/hgs/ks)

Ein weiteres Wahlkampfmanöver?
CDU will SPD-Modell zum Kinderleistungsausgleich verwirklichen

Von Joachim Poß MdB
Finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Jahrelang haben die Unionsparteien den Vorschlag der SPD, ein einheitliches Kindergeld als Abzug von der Steuerschuld einzuführen, strikt abgelehnt. Jetzt wird offenbar auch in der Union erkannt, daß das heutige Nebeneinander von Kinderfreibeträgen, gekürztem und ungekürztem Kindergeld sowie Kindergeldzuschlägen sozial ungerecht, für die Familien undurchschaubar und viel zu bürokratisch ist. Wer Geißler kennt, der muß allerdings befürchten, daß es sich erneut um ein bloßes Wahlkampfmanöver der CDU auf Kosten der Familien mit Kindern handelt.

CDU/CSU und die Bundesregierung müssen jetzt endlich klipp und klar und verbindlich sagen, was sie für die Familien mit Kindern tun wollen. Bisher wurden die Familien mit Kindern lediglich mit einer Vielzahl von unausgegorenen Vorschlägen verunsichert wie zum Beispiel Familiensplitting, Einführung einer Kinderlosensteuer und weitere Kürzungen beim Kindergeld. Die Familien mit Kindern haben ein Recht darauf, vor der Wahl zu erfahren, was sie von dieser Regierung zu erwarten haben.

Die Familien haben auch ein Recht darauf zu erfahren, wie das zusätzliche Finanzierungsloch in Höhe einer zweistelligen Milliardensumme, das durch den CDU-Vorschlag aufgerissen wird, finanziert werden soll. Die notwendige Reform zugunsten der Familien mit Kindern darf daran jedoch nicht scheitern. Die Lösung ist der SPD-Vorschlag eines einheitlichen Kindergeldes von vorerst 250 DM, das durch eine entsprechende Umschichtung aufkommensneutral finanziert wird.

(-/16. August 1994/hgs/ks)
